

Antrag

des Abgeordneten Alois Graf von Waldburg-Zeil und der Fraktion der CDU/CSU, des Abgeordneten Dr. R. Werner Schuster und der Fraktion der SPD, der Abgeordneten Dr. Uschi Eid und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Dr. Irmgard Schwaetzer und der Fraktion der F.D.P.

Zur Lage in Zaire

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nach 32 Jahren geht in Zaire die Herrschaft des Diktators Mobutu ihrem Ende entgegen. Der Deutsche Bundestag nimmt das Ende der Mobutu-Ära mit Befriedigung zur Kenntnis und hofft, daß die anhaltenden Kämpfe umgehend beendet werden und der Umbruch für einen selbstbestimmten und demokratischen Neuanfang und einen friedlichen Wiederaufbau Zaires genutzt wird.

Ein Neuanfang wird nur dann erfolgreich sein, wenn ein Konsens zwischen dem breiten Spektrum der zivilen Opposition und der Allianz darüber gefunden wird, daß eine demokratische, rechtsstaatliche, dezentrale, die Menschenrechte achtende und die Beteiligung der Bevölkerung sichernde staatliche Ordnung im neuen Zaire aufgebaut wird.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung dazu auf,

1. bei allen Beteiligten auf einen unverzüglichen und dauerhaften Waffenstillstand zu drängen;
2. beharrlich darauf zu drängen, daß den Hilfsorganisationen der ungehinderte Zugang zu den Flüchtlingen gewährleistet wird, daß der Transport der Flüchtlinge unter sicheren und menschenwürdigen Bedingungen erfolgt und daß eine Rückführung nach Ruanda erst nach ausreichender medizinischer Versorgung und freiwillig durchgeführt wird;
3. darauf hinzuwirken, daß eine Übergangsregierung gebildet wird, in der alle demokratischen politischen Kräfte Zaires, die Repräsentanten der zivilen Gesellschaft und der Regionen des Landes angemessen vertreten sind;

4. sich gegenüber den Verantwortlichen in Zaire mit allem Nachdruck dafür einzusetzen, daß der UNO-Kommission zur Aufklärung der Massaker und Menschenrechtsverletzungen an den ruandischen Flüchtlingen in Ost-Zaire der freie Zugang zu dem Gebiet gewährt und ihr Bemühen um Aufklärung des Sachverhaltes und der Verantwortlichkeiten nicht behindert wird;
5. allen politischen Kräften in Zaire unmißverständlich deutlich zu machen, daß der Aufbau einer demokratischen Gesellschaft, die durch freie und faire Wahlen, Partizipation der Bevölkerung, politischen Pluralismus und Föderalismus sowie Wahrung der Menschenrechte gekennzeichnet ist, der beste Weg für die Sicherung des Friedens, der Stabilität und des wirtschaftlichen Aufbaus in Zaire darstellt. Ein demokratisches Zaire kann die gesamte Region stabilisieren helfen;
6. die politischen und gesellschaftlichen Kräfte, die dieses Ziel verfolgen, in geeigneter Weise mit Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit zu unterstützen, sobald die Sicherheit und eine erfolgversprechende Entwicklungszusammenarbeit gewährleistet sind. Dies betrifft insbesondere die Fortsetzung und Ausweitung der GTZ-Projekte zur Förderung von Kleinstunternehmen und Nichtregierungsorganisationen, denen es in Zaire vielfach gelungen ist, viele Versorgungs- und Dienstleistungsfunktionen des zusammengebrochenen Staates erfolgreich zu übernehmen. Das Schwergewicht der Entwicklungszusammenarbeit muß zunächst auf die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und Vermarktung, den Aufbau der Verkehrsinfrastruktur sowie des Gesundheitswesens gelegt werden;
7. das humanitäre Engagement in enger Kooperation mit UNHCR, IKRK und den anderen Hilfsorganisationen zu verstärken und darauf hinzuwirken, daß zu diesem Zweck eine zentrale Koordinationsstelle für humanitäre Hilfe und Förderung des Wiederaufbaus in Kinshasa eingerichtet wird;
8. Initiativen zur Zusammenarbeit zwischen Vertretern der Allianz, der zivilen Opposition und der Nichtregierungsorganisationen aus Zaire mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Entwicklungszusammenarbeit aus Deutschland zu unterstützen;
9. einen aktiven Beitrag bei der Entmilitarisierung zu leisten und sich in diesem Sinne für eine Unterbindung von jeglichem Rüstungsexport in die Region der Großen Seen einzusetzen, das Söldnerunwesen zu bekämpfen und die VN-Konvention „gegen Rekrutierung, Gebrauch, Finanzierung und Training von Söldnern“ zu ratifizieren. Die Integration von Milizen und bewaffneten Gruppen in das zivile Leben muß gefördert, die weit verbreiteten Kleinwaffen müssen durch Kauf oder Tauschprogramme „aus dem Verkehr“ gezogen werden. Dem Aufbau eines demokratischen, den Menschenrechten verpflichteten Militär- und Polizeiwesens muß eine hohe Priorität zukommen;

10. sich in Bekräftigung des einstimmigen Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 7. November 1996 für die Durchführung einer internationalen Friedenskonferenz für die Region der Großen Seen einzusetzen und hierfür ihre guten Dienste anzubieten. Das Ergebnis einer solchen Konferenz könnte in der Erarbeitung eines regionalen Sicherheitskonzeptes für die Region der Großen Seen bestehen, das geeignet ist, langfristig Stabilität und Frieden in der Region herzustellen;
11. sich auch auf internationaler Ebene, insbesondere im Rahmen der EU, für die Umsetzung einer Zaire-Politik, die einen demokratischen Neuanfang in Zaire der Nach-Mobutu-Ära aktiv unterstützt, einzusetzen. Die gemeinsame Erklärung der Europäischen Union vom 29./30. April 1997 bildet dazu eine gute Grundlage;
12. ihren Einfluß geltend zu machen, sämtliche Auslandskonten Mobutus zu beschlagnahmen und für den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau Zaires zu verwenden;
13. ein neues Engagement der deutschen Wirtschaft im Herzen Afrikas zu unterstützen und Investitionen in Zaire und dem im Entstehen begriffenen zentralafrikanischen Markt zu fördern.

Bonn, den 14. Mai 1997

Alois Graf von Waldburg-Zeil

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Dr. R. Werner Schuster

Rudolf Scharping und Fraktion

Dr. Uschi Eid

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Dr. Irmgard Schwaetzer

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

